

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie Finanzplanung 2019 bis 2023****Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen****Unser Bremen kann mehr - Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen „Weiterso“**

- I. Ablauf der Beratungen und Berichte der mitberatenden Ausschüsse
1. Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) durch die Bürgerschaft (Landtag)
 - a) Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020, Drucksache 20/394) in ihrer 11. Sitzung am 20. Mai 2020 in erster Lesung beschlossen und diese sowie die der Mitteilung des Senats für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 anliegenden Haushaltspläne, Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte, zur Beratung und Berichterstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) federführend überwiesen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat sie ferner an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie an den staatlichen Controllingausschuss überwiesen und die Ausschüsse gebeten, dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zu berichten.
 - b) Darüber hinaus hat die Bürgerschaft (Landtag) dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) das Haushaltsporträt 2020/2021 und den Finanzplan 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.
 - c) In ihrer 10. Sitzung am 13. Mai 2020 hatte die Bürgerschaft (Landtag) bereits den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen (Mitteilung des Senats vom 28. April 2020, Drucksache 20/369) an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) überwiesen. Der Haushalts- und Finanzausschuss

(Land) hat in seiner Sitzung am 5. Juni 2020 eine Beratung dieses Gesetzentwurfes im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen.

2. Beratungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat in seiner Sitzung am 24. Juni 2020 die Haushaltsberatungen in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) aufgenommen und am 25. Juni sowie 3. Juli 2020 fortgesetzt. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat seine Beratungen mit der Beschlussfassung über diesen Bericht abgeschlossen.

In Anbetracht der aktuellen Coronapandemie und der damit verbundenen erheblichen Unsicherheit bei der Entwicklung der Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2021 stellte die Fraktion der CDU in der Sitzung am 24. Juni 2020 den Antrag, nur das Haushaltsgesetz, die Haushaltspläne und Änderungsanträge für das Haushaltsjahr 2020 zu beraten und die weitere Beratung der Haushaltsentwürfe und Änderungsanträge für das Haushaltsjahr 2021 bis zur Sondersteuerschätzung im September 2020 auszusetzen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F. abgelehnt. Die Koalitionsfraktionen empfehlen zum Umgang mit den besonderen Haushaltsrisiken für das Haushaltsjahr 2021 stattdessen, die Beratungen auch für dieses Haushaltsjahr zunächst fortzuführen und erst die 2. Lesung in der Bürgerschaft (Landtag) nach Beschlussfassung über die Änderungsanträge zu unterbrechen. Nach Unterbrechung der 2. Lesung sollen dann die Haushaltsentwürfe 2021 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss rücküberwiesen werden.

Im Rahmen der Beratungen hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne (Produktgruppenhaushalte und kamerale Haushalte) der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020 in der Fassung der Ergänzungen nach § 32 der Landeshaushaltsordnung (Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2020, Drucksache 20/446) zugrunde gelegt.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) beauftragten in ihren Sitzungen am 8. Mai 2020 zur Vorbereitung ihrer Einzelberatungen für die im Folgenden aufgeführten Produktpläne des Produktgruppenhaushalts 2020 und 2021 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen die nachstehend benannten Ausschussmitglieder als Berichterstatterinnen und Berichterstatter mit der Maßgabe, den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) zu den jeweiligen - nach Land und Stadt getrennten - Produktplänen zu berichten.

01 Bremische Bürgerschaft (Land und Stadt):		Abg. Herr Schäck (FDP)
02 Rechnungshof (Land und Stadt):		Abg. Herr Schäck (FDP)
03 Senatskanzlei (Land und Stadt):		Abg. Herr Runge (Gruppe M.R.F.)
04 Europa (Land):		Abg. Frau Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)
05 Bevollmächtigter beim Bund (Land):		Abg. Herr Runge (Gruppe M.R.F.)
06 Datenschutz und Informationsfreiheit (Land):		Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
07 Inneres (Land und Stadt):		Abg. Herr Hupe (Bündnis 90/Die Grünen)

08 Frauen (Land)		Abg. Frau Reimers-Bruns (SPD)
09 Staatsgerichtshof (Land):		Abg. Herr Runge (Gruppe M.R.F.)
11 Justiz (Land):		Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
12 Sport (Land und Stadt):		Abg. Herr Eckhoff (CDU)
21 Kinder und Bildung (Land und Stadt):		Abg. Herr Lübke (CDU)
22 Kultur (Land und Stadt):		Abg. Herr Eckhoff (CDU)
24 Hochschulen und Forschung (Land):		Abg. Herr Bruck (Bündnis 90/Die Grünen)
31 Arbeit (Land):		Abg. Herr Dr. Sieling (SPD)
41 Jugend und Soziales (Land und Stadt):		Abg. Herr Zager (SPD)
51 Gesundheit und Verbraucherschutz (Land und Stadt):		Abg. Herr Weiss (CDU)
68 I Bau, Stadtentwicklung, Verkehr (Land und Stadt):		Abg. Herr Schäck (FDP)
68 II Umwelt (Land und Stadt):		Abg. Frau Aulepp (SPD)
71 Wirtschaft (Land und Stadt):		Abg. Frau Schnittker (CDU)
81 Häfen (Land und Stadt):		Abg. Frau Schnittker (CDU)
91 Finanzen/Personal (Land und Stadt):		Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
92 Allgemeine Finanzen (Land und Stadt):		Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
93 Zentrale Finanzen (Land und Stadt):		Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
95 Bremen-Fonds (Land und Stadt):		Abg. Herr Gottschalk (SPD)
96 IT-Budget (Land und Stadt):		Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
97 Zentrale Bauinvestitionen (Land und Stadt):		Abg. Herr Gottschalk (SPD)

Die Berichterstellerinnen und Berichtersteller führten über die Produktpläne sowie über die dem Bereich des jeweiligen Produktplans entsprechenden Einzel-, Stellen- und Wirtschaftspläne Gespräche mit den Fachressorts, den Bereichen sowie mit dem Senator für Finanzen, mit den Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse und mit den Sprecherinnen und Sprechern der Deputationen. Die Berichte der Berichterstellerinnen und Berichtersteller wurden in den Beratungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) erläutert. Die Ressorts und Bereiche sowie der Senator für Finanzen wurden zu den

Beratungen eingeladen und hatten Gelegenheit, in der Ausschussberatung Stellung zu beziehen.

Das Haushaltsporträt 2020/2021 und den Finanzplan 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) in seiner Sitzung am 3. Juli 2020 beraten und zur Kenntnis genommen. Von einer detaillierten Berichterstattung hat der Ausschuss abgesehen.

3. Berichte und Anträge der mitberatenden Ausschüsse an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

Der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit; der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie der staatliche Controllingausschuss haben zu den sie betreffenden Produktplänen sowie zu den entsprechenden Einzel- und Stellenplänen Stellung genommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die im Folgenden wiedergegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

a) Rechtsausschuss

„Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 26. Mai 2020 mit den Produktplan 11 und den dazugehörigen Haushaltsplänen befasst und diese abschließend - unter Berücksichtigung einer ausführlichen Stellungnahme der Senatorin für Justiz und Verfassung - beraten.

Auf dieser Grundlage ist der Ausschuss zu folgenden wesentlichen Feststellungen gekommen:

Die Justiz ist weiterhin mit steigenden Eingangszahlen, hohen Beständen und hohen Gefangenzahlen belastet. Um die Justiz für die kommenden Jahre handlungsfähig zu halten, wurden Anpassungen am Personalhaushalt vorgenommen. Dazu gehören auch temporäre Mittel beziehungsweise Projektstellen zur Umsetzung von IT-Projekten im Rahmen des Projekts „ejustice“ und aus dem Handlungsfeld „Bürgerservice“. Die im Justizhaushalt veranschlagten Investitionen in Höhe von 1 167 Euro in 2020 und 1 139 Euro in 2021 beinhalten im Wesentlichen Mittel für kleine Bauunterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen.

Der Rechtsausschuss empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP den vorgelegten Haushaltsentwürfen 2020 und 2021 für den Produktplan 11 - Justiz und Verfassung zuzustimmen.“

b) Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

„Der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen hat sich mit den Haushaltsentwürfen 2020 und 2021 in der Sitzung am 4. Juni 2020 befasst und diese abschließend beraten.

Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen hat in ihrer Vorlage deutlich gemacht, dass mit den Haushaltsansätzen ein sachgerechter Ausbau der Hafenanlagen begonnen werden könne. Dem Sondervermögen Fischereihafen würden gegenüber der bisherigen Planung leicht reduzierte Zuführungen zur Verfügung gestellt, die aber ausreichen, um die wasserseitigen Unterhaltungsaufwendungen und Investitionen umzusetzen.

Der Ausschuss ist mehrheitlich der Auffassung, dass im Produktplan Häfen die notwendigen Handlungsergebnisse abgedeckt sind und erforderliche Investitionen fortgesetzt beziehungsweise begonnen werden können.

Demgegenüber rügen die Vertreter der CDU-Fraktion, dass die Rücklage für den OTB aufgelöst werde und an den Haushalt zurückgeführt werde. Der Vertreter der FDP-Fraktion rügt, dass in den Haushaltsplänen die Gegenfinanzierung jeweils nicht gesichert sei. Auch regt er an, die geplanten Maßnahmen für das Columbus Cruise Terminal vorzuziehen.

Der Ausschuss hat sodann folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE dem veränderten Haushaltsentwurf für den Einzelplan 08 sowie den Produktplan 81 Häfen (Land) für die Jahre 2020 und 2021 zu.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP den überarbeiteten Wirtschaftsplan für das Sondervermögen Fischereihafen für die Jahre 2020 und 2021."

c) Ausschuss für die Gleichstellung der Frau

„Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau hat sich mit den Haushaltsentwürfen 2020 und 2021, die seinen Arbeitsbereich betreffen, auf seiner Sitzung am 28. Mai 2020 befasst und diese abschließend beraten. Die Vorlage der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) vom 20. Mai 2020 (VL 20/1399) zum Produktplan 08 hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss begrüßt fraktionsübergreifend, dass durch die zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel eine Erhöhung der Personalzielzahl von 9,6 auf 15,9 Stellen bei der ZGF realisiert werden kann. Mit dem zusätzlichen Stellenvolumen können unter anderem eine Verstärkung der internen Verwaltung, der Aufbau einer zentralen Anlauf- und Beschwerdestelle, eine Verstärkung im Bereich der Online-Kommunikation sowie der Aufbau des fachlichen Themas Digitalisierung vorangebracht werden.

Die Fraktion der CDU hebt insbesondere die Einwerbung der Drittmittel sowie die Schwerpunktsetzung im Bereich Digitalisierung positiv hervor. Dennoch werde sie im Ergebnis den Haushaltsentwurf ablehnen.

Die FDP-Fraktion begrüßt ebenfalls die Einwerbung von Drittmitteln und die Schwerpunktsetzung im vorgestellten Haushalt. Der Gesamtbereich Frauen ist aber insgesamt sehr dürtig ausgestattet, viele Projekte und Vorhaben werden nicht realisiert werden können. Deshalb lehnt auch die FDP-Fraktion im Ergebnis den Haushalt ab.

Der Ausschuss stimmt den vorgelegten Haushaltsentwürfen für seinen Bereich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, mehrheitlich zu.

d) Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

„Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit hat sich mit den Haushaltsentwürfen, die seinen Arbeitsbereich betreffen, in der Sitzung am 26. Mai 2020 befasst und diese abschließend beraten. Zuvor hatte der Ausschuss bereits in seiner März-sitzung Gelegenheit, die Haushaltsansätze zu beraten und im Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss sieht die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der allgemeinen Haushaltslage im Land Bremen, die beiden Landesvertretungen in Berlin und Brüssel mit Mitteln auszustatten, die die sehr effiziente und wertvolle Arbeit dieser Vertretungen gewährleistet. Dies ist nach Auffassung der Mehrheit des Ausschusses auch weiterhin der Fall, die Haushaltsansätze seien auskömmlich, um die Aufgaben der Landesvertretung zu erfüllen.

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit stimmt deshalb den vorgelegten Entwürfen für die Bereiche Bund, Europa und Entwicklungszusammenarbeit mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss, der Bürgerschaft (Landtag) ebenfalls die Zustimmung zu den Vorlagen zu empfehlen.“

- e) Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

„Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit hat sich mit den Haushaltsentwürfen 2020 und 2021, die seinen Arbeitsbereich betreffen, in der Sitzung am 20. Mai befasst und diese abschließend beraten. Die Vorlage der Senatorin für Wissenschaft und Häfen vom 12. Mai 2020 (VL 20/1342) zum Produktplan 24 sowie die Vorlage der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 15. Mai 2020 (VL 20/1355) zu den Haushaltsentwürfen des Produktplans 06 hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion der CDU kritisiert grundsätzlich den Haushaltsentwurf für den Bereich Wissenschaft als unzureichend und weist darauf hin, dass der beschlossene, ambitionierte Wissenschaftsplan mit den nun zur Verfügung stehenden Mitteln nicht wie geplant umgesetzt werden könne. Die Differenz zwischen dem Wissenschaftsplan und dem vorliegenden Finanzierungsplan betrage inzwischen etwa 40 bis 50 Millionen Euro. Sie bemängelt, dass für die Sanierung der Sportstätten bis 2023 nur Planungsmittel, in Höhe von 1,3 Millionen Euro, vorgesehen seien, sodass die zeitnahe Wiedereinführung des Studiengangs in weite Ferne rücke. Auch der Aufbau eines Medizinstudiengangs sei im Haushalt offenbar nicht vorgesehen.

Zum Haushaltsentwurf im Bereich Datenschutz und Informationsfreiheit merkt die CDU-Fraktion an, dass sie zwar einen gestiegenen Arbeitsanfall bei der Behörde sehe, jedoch eine Verdopplung der Personalzahlen für nicht erforderlich halte.

Die Fraktion der FDP teilt die Einschätzung, dass der Wissenschaftsplan nicht ausfinanziert sei. Die ursprünglich vorgesehenen Sachmittel seien um 44,0 Prozent gekürzt worden. Gravierend sei dies insbesondere für die Hochschule Bremerhaven, der künftig erhebliche finanzielle Mittel fehlen würden. Darüber hinaus seien auch die Baumaßnahmen im Wissenschaftsbereich nicht ausfinanziert.

Die Linksfraktion begrüßt den vorliegenden Haushaltsentwurf und hebt hervor, dass es erforderlich sei, mit den bereit gestellten Mitteln die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie das Thema Entfristungen weiter voranzutreiben. Positiv sei auch die Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau von Studierendenwohnheimen sowie die Bereitstellung von Kompensationsmitteln zur Anhebung des Mindestlohns bei Studentischen Hilfskräften. Im Hinblick auf den Wissenschaftsplan 2025 sei es gelungen, einen Einstieg in dessen Umsetzung zu schaffen. Sie bedauere es jedoch, dass es nicht gelungen sei, den Studierenden die Verwaltungsgebühren zu erlassen.

Die im Haushaltsentwurf für die Bereiche Datenschutz und Informationsfreiheit vorgesehene Personalerhöhung ist aus Sicht der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE unbedingt erforderlich, um den gestiegenen Arbeitsanfall durch die Einführung der Datenschutzgrundverordnung zu bewältigen. Der Behörde seien viele zusätzliche Aufgaben übertragen worden, die zu einer erheblichen Erhöhung der Fallzahlen geführt haben.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit stimmt den vorgelegten Entwürfen für die Bereiche Wissenschaft und Datenschutz/Informationsfreiheit mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP zu.“

f) Controllingausschuss (Land)

„Der staatliche Controllingausschuss hat sich in seiner Sitzung am 27. Mai 2020 mit den in seine Zuständigkeit fallenden Wirtschaftsplänen der Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) befasst und diese abschließend - unter Berücksichtigung einer ausführlichen Stellungnahme des Senators für Finanzen - beraten.

Konkret handelt es sich hierbei um die Wirtschaftspläne folgender Anstalten:

- Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen
- Immobilien Bremen AöR.

Hierzu hat der staatliche Controllingausschuss folgende Feststellungen getroffen:

Die Ansätze in den Wirtschaftsplänen 2020 und 2021 stimmen mit den Haushaltsansätzen überein. Die in den Wirtschaftsplänen berücksichtigten zusätzlichen Tarifmittel stehen insofern unter Vorbehalt, als das über deren Gewährung erst im Vollzug der Haushalte 2020 und 2021 entschieden wird. Die Wirtschaftspläne enthalten zusätzlich Informationen über den Finanzplanungszeitraum 2022 und 2023, die allerdings nur nachrichtlichen Charakter haben. Es handelt sich dabei um Orientierungswerte der Fachressorts, deren Konkretisierung und Fixierung im Rahmen der Haushaltsberatungen für diese Jahre zu erfolgen hat.

Der Controllingausschuss (Land) empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2020 und 2021 der Anstalten des öffentlichen Rechts zuzustimmen.“

- II. Beratung der Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen, der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, der Produktpläne, Haushaltspläne sowie der Haushaltsgesetze

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 11. Sitzung am 20. Mai 2020 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingehenden Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen zu den Haushalten 2020 und 2021 unmittelbar an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zur Beratung und Berichterstattung weitergeleitet werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die eingegangenen und in den Anlagen im Einzelnen dargestellten gemeinsamen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Anlage 1) sowie die Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Anlage 2) in seinen Sitzungen am 24. und 25. Juni 2020 sowie am 3. Juli 2020 beraten und jeweils eine Beschlussempfehlung für die Bürgerschaft (Landtag) abgegeben. Auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) über die Änderungsanträge der Fraktionen sowie unter Einbeziehung der Berichte der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r), der Berichte aus den parlamentarischen Ausschüssen und der Stellungnahmen der Fachressorts beziehungsweise der Bereiche sowie des Senators für Finanzen haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) in ihren Sitzungen die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts und die einzelnen Produktpläne im Produktgruppenhaushalt und im Produktgruppenstellenplan, in den entsprechenden kameralen Haushaltsplänen und Haushaltsstellenplänen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen 2020 und 2021 beraten und über sie einzeln abgestimmt.

Die Einzelabstimmungen sind Grundlage der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) an die Bürgerschaft (Landtag). Abschließend hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) die Haushaltsgesetze der

Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 beraten. Dabei hat er in Anbetracht der aktuellen Corona-Pandemie und der damit verbundenen erheblichen Unsicherheit bei der Entwicklung der Steuereinnahmen unterschiedliche Beschlussempfehlungen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 abgegeben.

1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage zur Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. April 2020

Drucksache 20/369

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen in ihrer 10. Sitzung am 13. Mai 2020 nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Die vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen betreffen in erster Linie die folgenden drei Bereiche:

- die Ermöglichung renditestärkerer Anlageformen,
- die zukünftige Berücksichtigung des Aspektes Diversifizierung bei der Vermögensanlage durch die Anstalt zur Bildung einer Rücklage zur Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen (AVV) sowie
- die Entnahme von Kapitalstock der Versorgungsvorsorge durch das Land und die Stadtgemeinde Bremen zugunsten von Versorgungs- und Personalausgaben.

Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 25. Juni 2020 beraten. Die Koalitionsfraktionen haben zu dem Gesetzentwurf den folgenden Änderungsantrag gestellt:

Abweichend von Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe b des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen (Drucksache 20/369) wird § 3 Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) Die Anstalt legt die ihr zur Verfügung stehenden Mittel vornehmlich nach Prinzipien einer klimafreundlichen und an Energieeffizienz orientierten Anlage an. In Bezug auf wirtschaftliche Prinzipien ist eine möglichst große Sicherheit bei gleichzeitig angemessener Rentabilität und Liquidität der Anstalt unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung zu erreichen. Als Anlagemöglichkeiten kommen folgende Instrumente in Betracht:

1. Schuldverschreibungen, Anleihen und Pfandbriefe,
2. Unternehmensbeteiligungen und Unternehmensanleihen,
3. Immobilien, Grundstücke sowie Immobilienfondsanteile,
4. Termin- und Tagesgelder.

Näheres, insbesondere die Gewichtung der Anlageinstrumente im Portfolio und Ratingvorgaben, regeln Anlagerichtlinien der Senatorin oder des Senators für Finanzen. Die Anlagerichtlinien bedürfen der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Bürgerschaft (Landtag).“

Nach Ansicht der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sei es mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zukünftig möglich, besser auf die Niedrigzinspolitik der letzten Jahre und die Ankaufprogramme und Leitzinspolitik der Europäischen Zentralbank zu reagieren. Insbesondere durch eine Erweiterung des Anlagespektrums, zum Beispiel auf Immobilien und Unternehmensbeteiligungen, könne ein langfristiger Vermögensaufbau erfolgen.

Dem gegenüber sehen die Fraktionen der CDU und FDP vor allem die mit der Erweiterung des Anlagespektrums verbundene Möglichkeit einer Kapitalstockentnahme kritisch. Hier bestehe das nicht unerhebliche Risiko einer Reduzierung beziehungsweise Aufzehrung des Kapitalstocks mit negativen Auswirkungen auf künftige Haushalte.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP und der Gruppe M.R.F. bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den Gesetzentwurf in der Gestalt des Änderungsantrages in zweiter Lesung zu beschließen.

2. Unser Bremen kann mehr - Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen „Weiterso“

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Juni 2020

Drucksache 20/460 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP und der Gruppe M.R.F., den Antrag der Fraktion der CDU „Unser Bremen kann mehr - Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen „Weiterso“ (Drucksache 10/460) abzulehnen.

3. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE haben für die Beratung in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) gemeinsame Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die Produktpläne 03 Senatskanzlei, 07 Inneres, 11 Justiz, 21 Kinder und Bildung, 22 Kultur, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 I Bau, Stadtentwicklung, Verkehr, 68 II Umwelt, 71 Wirtschaft und 91 Finanzen/Personal eingebracht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat diese in der Anlage 1 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Ihnen wurde teils mit den Stimmen, teils bei Enthaltung und teils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP sowie der Gruppe M.R.F von den Ausschussmitgliedern der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Die Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU haben gegen die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen gestimmt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 1 zu diesem Bericht entnommen werden.

4. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Die Fraktion der FDP hat für die Beratungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die Produktpläne 21 Kinder und Bildung, 24 Hochschulen und Forschung, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 I Bau, Stadtentwicklung, Verkehr, 68 II Umwelt und 71 Wirtschaft eingebracht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat diese in der Anlage 2 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Sie wurden gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP mehrheitlich - immer mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und CDU - abgelehnt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 2 zu diesem Bericht entnommen werden.

5. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die Wirtschaftspläne

der Universität Bremen,

der Hochschule Bremen,

der Hochschule für Künste Bremen,

der Hochschule Bremerhaven,

der Staats- und Universitätsbibliothek,

des Sondervermögens Gewerbeflächen (Land),

des Sondervermögens Fischereihafen,

von Performa Nord,

des Sondervermögens Immobilien und Technik (Land),

des Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Bremen,

der Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen sowie

von Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts

im Einzelnen beraten und ihnen jeweils mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F. zugestimmt.

6. Produktpläne mit den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen

Den jeweiligen Produktplan hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) jeweils gemeinsam mit den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen beraten und beschlossen.

Dem Produktplan 01 Bürgerschaft hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Den Produktplänen 02 Rechnungshof und 09 Staatsgerichtshof hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) jeweils mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F. zugestimmt.

Den Produktplänen 03 Senatskanzlei, 04 Europa, 05 Bevollmächtigter beim Bund, 06 Datenschutz und Informationsfreiheit, 07 Inneres, 08 Frauen, 11 Justiz, 12 Sport, 21 Kinder und Bildung, 22 Kultur, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 I Bau Stadtentwicklung, Verkehr, 68 II Umwelt, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen, 93 Zentrale Finanzen, 95 Bremen-Fonds, 96 IT-Budget und 97 Zentrale Bauinvestitionen hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) – in den Fassungen der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gemäß Ziffer II. 3. dieses Berichtes – jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F. zugestimmt.

7. Haushaltsgesetze

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat dem Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020 - in der Fassung der Ergänzungen des Senats gemäß § 32 Landeshaushaltsordnung, Drucksache 20/446 vom 16. Juni 2020 sowie in der Fassung der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gemäß Ziffer II.3. dieses Berichts – jeweils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zugestimmt.

Für das Haushaltsjahr 2021 empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) in Anbetracht der aktuellen Coronapandemie und der damit verbundenen erheblichen Unsicherheit bei der Entwicklung der Steuereinnahmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe M.R.F die 2. Lesung nach Beschlussfassung über die Änderungsanträge zu unterbrechen und das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne für das Haushaltsjahr 2021 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss rückzuüberweisen. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) wird seine Beratungen zum Haushaltsjahr 2021 spätestens im Herbst 2020 wieder aufnehmen und der Bürgerschaft (Landtag) so rechtzeitig berichten, dass eine abschließende Beschlussfassung über die Haushaltsentwürfe 2021 noch in diesem Jahr erfolgen kann.

1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage zur Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. April 2020

Drucksache 20/369

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage zur Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen (Drucksache 20/369) in der Gestalt des Änderungsantrages in zweiter Lesung zu beschließen.

2. Unser Bremen kann mehr - Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen „Weiterso“

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Juni 2020

Drucksache 20/460-

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der CDU „Unser Bremen kann mehr - Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen „Weiterso“ (Drucksache 10/460) abzulehnen.

3. Haushaltsporträt 2020/2021 und Finanzplan 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) das Haushaltsporträt 2020/2021 und den Finanzplan 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Kenntnis zu nehmen.

4. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen gemäß Anlage 1 zuzustimmen.

5. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion der FDP zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen gemäß Anlage 2 abzulehnen.

6. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek zu beschließen.

7. Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2020 - Land (Drucksache 20/394 und 20/446)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020, Drucksache 20/394 in der Fassung der Ergänzungen des Senats gemäß § 32 Landeshaushaltsordnung, Drucksache 20/446 vom 16. Juni 2020 sowie in der Fassung der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gemäß Anlage 1 dieses Berichts zu beschließen.

8. Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2021 - Land (Drucksache 20/394)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich die 2. Lesung zum Haushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2021, Drucksache 20/394 nach Beschlussfassung über die Änderungsanträge zu unterbrechen und das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne für das Haushaltsjahr 2021 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss rückzuüberweisen.

Jens Eckhoff

(Vorsitzender)

Anlage(n):

1. Anlage 1_Land_Anträge SPD_B90_Grüne_DIE LINKE
2. Anlage 2_Land_Anträge FDP

Anlage 1

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSANTRÄGE DER FRAKTIONEN DER SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND DIE LINKE UND DEREN ABSTIMMUNGSERGEBNISSE BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2020/2021 (Land)

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse						Beschlussempfehlung HaFA (Land)
			SPD	B90/Gr.	DIE LINKE	CDU	FDP	Gruppe	
20/461	31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (L)	684 58-9 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/462	21.06.02 Landeszentrale für politische Bildung (L)	428 01-0 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	ja	ja	ja	nein	ja	nein	Zustimmung
20/463	07.01.05 Technische Dienste (L)	428 02-6 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	ja	ja	ja	nein	ja	ja	Zustimmung
20/464	24.01.06 Hochschulübergreifende Angelegen. (L)	685 60-3 An die Hochschulen zur Kompensation Verwaltungskostenbeitrag	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/465	24.01.04 Hochschule Bremerhaven (L)	685 26-0 An die Hochschule Bremerhaven für den Ausbau	ja	ja	ja	nein	Enthaltung	nein	Zustimmung
20/466	11.04.01 Justizvollzugsanstalt Bremen (L)	428 01-2 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	ja	ja	ja	nein	ja	ja	Zustimmung

Anlage 1

20/468	21.04.03 Sonst. Schul. Leist. Fördermaßn. (L)	984 51-3 An Hst. 3239.384 50-0 für Planungsmittel Quartiersbil- dungszentrum Blumenthal	ja	ja	ja	nein	ja	nein	Zustimmung
20/469	51.90.01 Zentrale Dienste Ge- sundheit (L)	428 01-5 Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/470	51.11.01 Gesundheitsförd., -hilfe u. -schutz (L)	31 30 -8 NEU Aufwendungen zur Umset- zung der „Anonymen Ge- sundheitskarte auch für „pa- pierlose“ Menschen“	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/471	51.11.01 Geusndheitsförd., -hilfe u. -schutz (L)	684 12-0 Zuschuss für Hebammen- zentren	ja	ja	ja	nein	ja	nein	Zustimmung
20/472	03.02.01 Senat, Senatskanzlei (L)	685 30-1 NEU Maßnahmen und Projekte gegen religiöse Diskriminie- rung	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/474	21.90.01 Senatorische Angele- genheiten (L) 21.02.01 Erstatt. PersAusg. Lehrkr. u. Sonst.	984 21-1 An Hst. 3239/384 21-7 Kos- tenerstattung für Personal- ausgaben nichtunterrichten- des Personal (NUP) 985 21-8 An Hst. 6205/385 02 Kos- tenerstattung Personalaus- gaben nichtunterrichtendes Personal (NUP)	ja	ja	ja	nein	Enthal- tung	nein	Zustimmung
20/487	03.02.01 Senat, Senatskanzlei (L)	428 01-5 Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer	ja	ja	ja	nein	Ent- hal- tung	nein	Zustimmung

Anlage 1

20/488	41.21.01 Sozialleistungen Be- reich Soziales (L)	681 60-0 NEU Aufwendungen zur Vermei- dung von Energie- und Was- sersperren (Härtefallfonds)	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/489	68.02.06 Städtebau/Stadtum- bau/Wohnungswesen (L)	428 33-6 Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer (Städtebau/Stadtum- bau/Wohnungswesen) 984 60-3 An Hst. 3696/384 60-5, Fi- nanzhilfen des Bundes für die Soziale Stadt	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/490	68.03.01 Umweltwirt./Ener- gie/Ressourcen (L)	893 40-1 Solar Cities	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/491	68.03.01 Umweltwirt./Ener- gie/Ressourcen (L)	531 32-1 Förderprogramm „Klima- schutz im Quartier“ (2021)	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/492	68.03.01 Umweltwirt./Ener- gie/Ressourcen (L)	428 44-1 Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer (Um- weltwirtschaft/Energie/Res- ourcen)	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/493	41.20.02 Kinder- und Jugendför- derung (L)	684 51-8 An freie Träger für erzieheri- schen und präventiven Kin- der- und Jugendschutz	ja	ja	ja	nein	Ent- hal- tung	nein	Zustimmung
20/494	41.20.02 Kinder- und Jugendför- derung (L)	684 96-8 Zuschüsse für das Förder- programm „Beratungsnetz- werk Rechtsextremismus“	ja	ja	ja	nein	Ent- hal- tung	nein	Zustimmung

Anlage 1

20/495	41.22.01 Übergreifende In- tegrat., Beauftragte (L)	684 10-8 Zuschüsse für Maßnahmen zur Integration von Neuzu- wanderInnen (Projektförde- rung)	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/496	91.90.01 Zentrale Dienste (L)	428 01-4 Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/497	22.90.03 Sonst. kult. Landesan- gelegenheiten (L)	985 13-8 NEU An Hst. 6300/385 01, Zuwei- sungen für den Kunstverein Bremerhaven	ja	ja	ja	nein	Ent- hal- tung	nein	Zustimmung
20/498	22.90.03 Sonst. kut. Landesan- gelegenheiten (L)	985 12-0 NEU An Hst. 6330/385 01, Zuwei- sungen für das Junge Thea- ter Bremerhaven	ja	ja	ja	nein	ja	nein	Zustimmung
20/499	71.01.02 Innovation/Technologie (L)	686 25-7 Unterstützung für den Club- verstärker e. V.	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/500	71.01.02 Innovation/Technologie (L)	686 26-5 Innovationscluster Gesund- heitswirtschaft	ja	ja	ja	nein	Ent- hal- tung	nein	Zustimmung
20/501	71.01.02 Innovation/Technologie (L)	686 27-3 Förderung der solidarischen Wirtschaft, Genossenschaf- ten und Social Entrepren- eurs	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/502	71.01.02 Innovation/Technologie (L)	686 23-0 Förderung des Wissens- und Technologietransfers, von Innovation und Kreativ- wirtschaft	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/503	71.01.02 Innovation/Technologie (L)	686 24-9 Planungsmittel für die Er- richtung eines Popbüros	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung

Anlage 1

20/506	41.21.01 Sozialleistungen Bereich Soziales (L)	984 20-2 An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.02.01 985 51-9 An Hst. 6429/385 01, Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB IX für Leistungen der Produktgruppe 41.07.02 636 10-7 Erstattungen an die Krankenkasse für Schwangerschaftsabbrüche nach SFHÄnG	ja	ja	ja	nein	ja	nein	Zustimmung
20/507	41.22.01 Übergreifende Integrat., Beauftragte (L)	532 10-3 Landesantidiskriminierungsstelle	ja	ja	ja	nein	Enthaltung	nein	Zustimmung
20/508	41.21.01 Sozialleistungen Bereich Soziales (L)	684 35-2 NEU Aufsuchende Altenarbeit „Hausbesuche“	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/509	07.01.01 Polizeivollzug (L)	511 00-4 Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattungs-/Ausrüstungs-/sonst. Gebrauchsgegenstände	ja	ja	ja	nein	ja	ja	Zustimmung
20/524	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz	Schlussantrag Feststellungsklauseln, Kreditemächtigung etc.	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
20/525	Technik Produktgruppenhaushalt /kamaraler Haushalt	Generelle Ermächtigungen	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung

Anlage 1

20/526	93.01.02 Kredite, Zentrale Zin- seinn./-ausgaben (L) Gegenfinanzierung und Ausgleich der Haus- halte 2020	919 80-3 Zuführung an die Zentrale Sonderrücklage 325 30-0 Kreditmarktmittel und Anleihen	ja	ja	ja	nein	nein	nein	Zustimmung
---------------	--	---	----	----	----	------	------	------	------------

Anlage 2

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSANTRÄGE DER FRAKTION DER FDP UND DEREN ABSTIMMUNGSERGEBNISSE BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2020/2021 (Land)

Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse						Beschlussempfehlung HaFA (Land)
			SPD	B90/Gr.	DIE LINKE	CDU	FDP	Gruppe	
20/452	21.04.03 Sonst. Schul. Leist. U. Fördermaßnahmen (L)	0201 - NEU Beschaffungsprogramm für mobile Endgeräte (Sofort- programm Zusatzvereinba- rung Digitalpakt) / Zuweisun- gen des Bundes aus dem Sofortprogramm Zusatzver- einbarung Digitalpakt	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
20/453	24.01.01 Universität Bremen (L)	685 10-7 Zuschuss zu den Personal- aufgaben der Universität	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
20/454	51.11.01 Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz (L)	0501 - NEU Förderung von Maßnahmen zur assistierten Reproduk- tion	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
20/455	68.03.03 Natur/Wasser/Landwirt- schaft (L)	0627 - NEU Erstellung eines Nachhaltig- keitskonzepts	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung

Anlage 2

20/456	71.01.01 Mittelstand/Industrie/Außenhandel (L)	0704 - NEU Mentoringprogramm für die Existenzgründung von Frauen	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
20/457	71.01.08 EU-Programme/-Planung (L)	682 20-2 Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) -Sachkosten-893 20-3 Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) -Investitionen-682 21-0 Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) -Personalkosten-	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung